



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel : (Vom 20. bis 26. März)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Reichs Spiegel

(Vom 20. bis 26. März)

Innere Politik

Vierzig Jahre Reichstag — Die Zusammensetzung des Reichstags — Bethmann im preußischen Landtag

Am Montag, den 21. März, beging der Reichstag seinen vierzigsten Geburtstag. Vergleicht man die überaus feierliche Stimmung, die vor vierzig Jahren die erste Sitzung umgab, mit der scherzhaften Weise, in der der heutige Reichstag an sie erinnert wurde, so wird jedem ohne weiteres klar, wie tief wir in der Parlamentsmisere stecken. Der Präsident des Reichstags hielt es für angebracht, die Erinnerung an den ersten Zusammentritt des Reichstags in den Hinweis einzukleiden, daß er die 3425ste Sitzung eröffne. Obwohl der Scherz wenig Geschmack verrät, so liegt das Bedrückende nicht so sehr in der Entgleisung des Präsidenten, als in der Aufnahme, die sie bei den Parteien, insonderheit bei den liberalen Parteien, gefunden hat. Wenn ein konservativer Mann den Reichstag nicht sonderlich achtet, selbst wenn er dessen Präsident ist, so liegt das in der Natur seiner politischen Anschauungen begründet. Wenn aber unter neunundneunzig Liberalen keiner vorhanden ist, der den Mut findet, die Weihe des Augenblicks durch eine Ergänzung der Worte des Präsidenten würdig wiederherzustellen, dann muß darin ein bedauerlicher Rückgang des Selbstbewußtseins festgestellt werden, der eine Gefahr bedeutet. Man komme nicht mit der Ausrede, die parlamentarische Form habe einen entsprechenden Schritt unmöglich gemacht, der Präsident sei nachträglich auf sein Vergehen aufmerksam gemacht worden, er habe sich auch entschuldigt. Sollte diese Auffassung richtig sein, dann war auch das Moment gegeben, die Form zu durchbrechen, um die Würde der deutschen Volksvertretung zu wahren. Der Reichstag hat sich in den vierzig Jahren seines Bestehens so große Verdienste um das Vaterland in allen seinen Teilen und um die Nation in allen ihren Gliedern vom niedrigsten bis zum höchsten erworben, daß, wenn des vierzigsten Jahrestages überhaupt gedacht wurde, es am Platze gewesen wäre, auf diese Verdienste in ernsthafter Form hinzuweisen.

Aus dem ersten Jahre des Reichstags sind nur zwei Männer erhalten geblieben: August Bebel, der Sozialdemokrat, und der im Mai 1871 eingetretene Prälat Lender vom Zentrum. Auch die zahlenmäßige Zusammensetzung des Reichstags hat dem Einfluß der Zeit nicht standgehalten. Vergleichen wir den ersten Reichstag mit dem heutigen zwölften, dann ergibt sich folgendes Bild:

	1871	1911		1871	1911
Konservative . . . . .	88	103	Sozialdemokraten . . . . .	3	52
Zentrum . . . . .	60	105	Polen . . . . .	13	20
Liberalen . . . . .	180	99	bei keiner Fraktion . . . . .	28	17

Grenzboten I 1911

81

Die Verschiebung ist wenig erfreulich. Aber sie entspricht durchaus der großen Veränderung, die seit vierzig Jahren im politischen Denken der Nation stattgefunden hat und auf die wir schon wiederholt hingewiesen haben. Alle zentripetalen Kräfte haben sich verringert oder kommen doch in der Zusammensetzung der Parteien nicht richtig zum Ausdruck. Die starke nationale Kraft, die die Reichsgründung ermöglichte, ist in konfessioneller und sozialer oder ständischer Beziehung gespalten, und es läßt sich zunächst schwer erkennen, in welcher Richtung der Schwerpunkt des Reiches zu finden ist. Sind es wirtschaftliche Fragen, die überragende Berücksichtigung fordern, sind es soziale, beanspruchten Verfassungsfragen die nächste Sorge, oder genügen Operationen an einzelnen Verwaltungskörpern? Die Fragen werden verschieden beantwortet werden je nach der Stellung des Antwortenden zu den einzelnen Parteien. Der Sozialdemokrat wird so lange Verfassungs- und soziale Fragen als brennend bezeichnen, bis er den Staatsorganismus in seine Hand bekommen hat; der Liberale wird mit einem Überbleibsel des alten Doktrinarismus die Änderung der Verfassung in freiheitlichem Sinne befürworten, während der Konservative durch Veränderungen in der Verwaltung die seit vierzig Jahren frei gewordenen Kräfte in geregelte Bahnen zu führen hofft. Leider werden nur die Fragen von den einzelnen Parteien nicht so konkret gestellt, wie es hier geschieht. Besonders die Konservativen und Liberalen sind vollständig gefangen genommen durch wirtschaftliche Fragen, und so sind es auch in erster Linie wirtschaftliche Wünsche, die die Stellung der allgemein national genannten Parteien in allen Dingen beeinflussen. Dies Vordrängen wirtschaftlicher Fragen ist der Hauptgrund für die Schwäche der liberalen Parteien und die wesentlichste Ursache für die außerordentliche Erstarkung des Zentrums und der Sozialdemokratie, die beide sich in erster Linie von ideellen Gesichtspunkten, wenn auch uns recht unsympathischen Charakters, leiten lassen. Im Hinblick auf die neuen Wahlen ergeben sich aus solcher Überlegung nur wenig erfreuliche Aussichten. Der Zentrumsturm wird unerschüttert bleiben, und die sozialdemokratische Partei dürfte einige Mandate, nicht etwa fünfzig, wie Schwarzseher meinen, dazu erobern. Der Hauptkampf dürfte zwischen Konservativen und Liberalen, geleitet durch den Bund der Landwirte und den Hansabund, geschlagen werden. Zu wessen Gunsten er ausläuft, wird vielfach von örtlichen Verhältnissen abhängen. Nachdem die Einigung der Liberalen vor acht Tagen endlich zustande gekommen ist und nachdem sie sich geschlossen für den Schutz der nationalen Arbeit erklärt haben, dürften die hauptsächlichsten Schwierigkeiten, die sich ihrem Sieg im Lande entgegenstellten, geschwunden sein. Die Erbitterung gegen die Führer der Konservativen ist selbst unter dem Großgrundbesitz so groß, daß nach dem Fortfall der wirtschaftlichen Zweifel manche Zeichen, besonders in Ostelbien, für einen vollen Sieg der Liberalen sprechen.

Solche Beobachtungen wirken auch auf das Verhalten der Männer um Heydebrand. Es sind Verzweiflungsschritte, die die konservative Parteileitung

begeht. Die Konservative Korrespondenz und die Deutsche Tageszeitung haben einen wahren Lügenfeldzug gegen die nationalliberale Partei eingeleitet, sind dabei aber so wenig bewandert in der Handhabung dieses Mittels, daß sie mit Leichtigkeit auf Schritt und Tritt zurückgewiesen werden können. Sie sollten sich also ihrem Charakter entsprechend von dem unwürdigen Mittel fern halten. In die gleiche Rubrik gehört die Behandlung, die Herr v. Heydebrand dem deutschen Reichskanzler im preussischen Abgeordnetenhaus hat widerfahren lassen. Es war in der That eine empörende Szene, als der Herr von Klein-Tschunkawe Herrn v. Bethmann abkanzelte, lediglich auf die Wirkung im Lande berechnet. Herr v. Heydebrand ist ein geschickter Demagoge, der weiß, was im Lande über die staatsmännischen Leistungen des Reichskanzlers gedacht wird. Ihn, der jedes Eintreten für die Politik Heydebrands abgelehnt hat, draußen der nationalen Unzuverlässigkeit zu denunzieren, fiel nicht schwer. Wenn wir auch in der Sache selbst durchaus nicht mit dem Herrn Reichskanzler übereinstimmen, so empfinden wir Heydebrands Vorgehen um so peinlicher und die Staatsautorität untergrabend, weil es von konservativer Seite ausging. Herr v. Bethmann hat leider nicht das Register gefunden, verfügt wohl auch nicht darüber, um die Angriffe des konservativen Führers wirksam abzuweisen. Auch was er sachlich für seine Stellung in der elsass-lothringischen Verfassungsfrage anzubringen hatte, war recht schwach. Herr v. Bethmann verkennet die historischen Grundlagen, auf denen die Reichslande bestehen. Sie sind kein geschlossener deutscher Staat aus sich heraus, sondern ein im Jahre 1871 aus verschiedenen französischen Provinzen zusammengefügtes administratives Gebilde, entstanden infolge von Rivalitäten der deutschen Bundesfürsten, die Bismarck nicht auszugleichen vermochte. Was Herr v. Bethmann Rücksichtnahme Preußens gegen das Reich nennt, ist tatsächlich nur Sentimentalität gegen künstlich gezüchtete Empfindungen eines reichsfeindlichen Partikularismus.

### Bank und Geld

Zulassung ausländischer Wertpapiere — Wunderbare wirtschaftliche Grundsätze Dernburgs — Finanzierungen im Auslande — Bagdadbahnvertrag — Eine deutsche Kommunalbank

Die Erörterungen über die Zulassung ausländischer Wertpapiere, die man einstweilen für abgetan ansehen konnte, sind wieder in Fluß gekommen. Herr Bernhard Dernburg, Bankdirektor und Staatssekretär a. D., hat zur Feder gegriffen und ist seinem „verehrten früheren Kollegen“ Sydow kräftig zuleibe gerückt. Die Stellungnahme des Handelsministers in dieser Frage hat sein höchstes Mißfallen erregt, und so attackiert er ihn dieserhalb weiblich und mit so viel Temperament, daß unverkennbar ist, wie wenig der Staatssekretär den früheren Bankdirektor im Charakter des Herrn Dernburg hat verdrängen können. Leider aber ist das theoretische Fundament seines Angriffs so schwach, daß es auch für einen Bankdirektor nicht ausreichen sollte. Man muß daher

gegen die Auslassungen dieser Broschüre nach mancher Richtung Verwahrung einlegen. — Dernburg greift zunächst den Rechtsstandpunkt des Ministers an und behauptet, daß ein Zustand, demzufolge der Minister jederzeit die Zulassung eines Wertpapiers aus Gründen öffentlichen Interesses inhibieren könne, nicht der deutschen Rechtsordnung entspräche und daher entweder nicht rechtens sein könne oder nicht bleiben dürfe. Das ist nun ein unbegreiflicher Irrtum; das Börsengesetz macht es der Zulassungsstelle geradezu zur Pflicht, „Emissionen nicht zuzulassen, durch welche erhebliche allgemeine Interessen geschädigt werden“. Da nun der Handelsminister in oberster Instanz die Aufsicht über die Börsenorgane führt, so hat er nach allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen das Recht, in ihre Geschäftsführung einzugreifen und im konkreten Falle die Zulassungsstelle anzuweisen, wenn nach seiner Meinung die Gefährdung öffentlicher Interessen vorliegt. Die Rechtslage ist sonach klar. Es käme nur darauf an, ob der Schutz des heimischen Geldmarktes, den der Minister als Grund für die Zurückweisung der Chicago-Milwaukee-Aktien angeführt hat, ein solches allgemeines Interesse darstellt. Sonderbarerweise bestreitet Dernburg dies! — Er behauptet, das Interesse an dem Geldsatz sei in zwei Gruppen, den Borger und den Leihner, genau gleich verteilt, und von einem allgemeinen Interesse könne überhaupt nicht gesprochen werden. In der That, ein wunderbarer wirtschaftlicher Grundsatz, mit dessen Verfechtung Herr Dernburg sich schwerlich den Doktorhut verdient haben würde, den er jetzt honoris causa trägt. Er erscheint beinahe trivial, gegen das Maß von wirtschaftlicher Einsicht, das sich in der Aufstellung solcher Grundsätze äußert, mit Gründen ernsthaft anzukämpfen. Gehört es doch zum ABC der Nationalökonomie, daß der Stand des Zinsfußes von schwerwiegendstem Einfluß auf die gesamte Produktions-tätigkeit ist. Um nur eines anzuführen: eine dauernde Erhöhung des Zinsfußes um 1 Prozent würde allein die deutsche Landwirtschaft, die schätzungsweise mit einer hypothekarischen Belastung von 12 Milliarden Mark arbeitet, mit einer jährlichen Mehrausgabe von 120 Millionen Mark beschweren. Und nun gar die übrigen produktiven Stände? Sind die Lehren der letzten Geldkrisis nicht noch in frischer Erinnerung? Haben nicht gerade die Banken die größten Anstrengungen gemacht, durch Ausbreitung des geldlosen Zahlungsverkehrs dem Bedarf an Barmitteln in Deutschland entgegenzuwirken und damit ein Steigen des Zinsfußes zu verhindern? Hat man nicht aus dem gleichen Grund der Reichsbank die Erhöhung ihres steuerfreien Notenkontingents an den Quartalkterminen zugestanden? Aber es lohnt wirklich nicht, die handgreifliche Unrichtigkeit einer so absurden Behauptung im einzelnen nachzuweisen. Es genügt, wenn man feststellt, daß der deutsche Geldmarkt besonders leicht in den Zustand der Anspannung gerät, weil wir ein lebhaftes produktives Land sind und die Bedürfnisse der Industrie Anforderungen stellen, die in Rentnerstaaten nicht in Frage kommen. Man wird daher zugeben müssen, daß der Export einheimischen Kapitals zu Zeiten

drohender Geldversteifung in der That ein volkswirtschaftlicher Fehler sein kann, und daß das öffentliche Interesse dann erheischt, diesen Abfluß tunlichst zu verhindern. Nun ist freilich das richtig: Bei der Zulassung der Chicago-Milwaukee-Aktien standen solche Interessen des Geldmarktes nicht in Frage. Es ist aber ziemlich klar, daß diese Aktion der Regierung nur ein Wink war, der sich an die Adresse Amerikas richtete, bestimmt, den Drohungen gegenüber, die von jener Seite wegen der Kaliverträge ausgesprochen wurden, ein Prävenire zu spielen.

Dernburg behauptet weiter, daß die Zulassung ausländischer Wertpapiere für Deutschland eine Notwendigkeit sei. Die Weltstellung unseres Handels und unserer Industrie erfordere, daß Deutschland als Kreditgeber der ausländischen Staaten auftrete. Rechne die Industrie auf die Erteilung ausländischer Aufträge, so müsse das Mutterland den kreditbedürftigen Staaten die Mittel vorschießen, die zur Bezahlung der industriellen Produkte notwendig seien. Auch diese Ausführungen enthalten neben vielem Irrtum nur ein Fünkchen Wahrheit. Es ist zwar denkbar, daß die Übernahme einer ausländischen Anleihe aus solchen Gründen oder auch aus Gründen der hohen Politik — wie bei der vorjährigen ungarischen und türkischen Anleihe — erfolgt; die Regel ist es jedenfalls nicht, und insbesondere haben die kürzlich an unseren Markt gebrachten ausländischen Anleihen mit solchen Ursachen nichts zu tun. Die deutsche Industrie hat sich für die Finanzierung der Anlagen, die sie im Auslande vornimmt, bekanntlich eine eigene Organisation geschaffen. Diese besteht in den zahlreichen Übernahme- und Finanzierungsgesellschaften, die für Unternehmungen mannigfachster Art besonders im Bahnwesen und in der elektrischen Industrie geschaffen worden sind. Solche Übernahme- und Betriebsgesellschaften sind beispielsweise, um nur einige zu nennen: die Siemens Elektrischen Betriebe, die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, die Bank für elektrische Unternehmungen und die Deutsch-Überseeische Elektrizitäts-Gesellschaft. Alle diese Gesellschaften haben ein sehr bedeutendes Kapital in Aktien und Obligationen im Inlande aufgebracht und besitzen ihrerseits Bahnen und Elektrizitätswerke an zahlreichen Plätzen des Auslandes, sei es in natura, sei es in Form des Aktienkapitals. Der deutsche Geldmarkt liefert also allerdings die Mittel, um der Industrie die Durchführung lohnender Aufgaben im Auslande zu ermöglichen; es geschieht dies aber in Form der direkten Investierung und nicht auf dem Umwege der Kreditgewährung an mehr oder weniger zweifelhafte Schuldner. Die Dernburgsche Broschüre, deren Inhalt auch sonst noch zu vielen Einwendungen Anlaß gibt, wird also kaum geeignet sein, einen Wechsel in der Stellungnahme der Regierung herbeizuführen.

Die Frage der Kapitalbeschaffung für industrielle Zwecke wird auch durch den am 21. März d. Js. zum Abschluß gelangten Bagdadbahnvertrag wieder zu einer akuten werden. Mit diesem Abkommen hat die deutsche Diplomatie und nicht weniger die geschickte Geschäftsführung der Deutschen Bank,

in diesem Falle wohl vertreten durch ihren Direktor Helfferich, einen unbestrittenen und bedeutenden Erfolg errungen, bedeutend, trotz der geringfügigen Konzession, die man dem englischen Kapital hat machen müssen und die erforderlich war, sollte die Durchführung der gewaltigen Aufgabe dem deutschen Unternehmungsgeist vorbehalten bleiben. Die Leitung der Deutschen Bank hat auch hier wieder gezeigt, daß sie — in wohlthuendem Gegensatz zu den Geschäftsmaximen anderer Großbanken — in großzügigster Weise ihre wirtschaftliche Macht in den Dienst einer nationalen Aufgabe zu stellen bereit ist; die Früchte einer so einsichtsvollen Geschäftsführung werden reifen und ihr verdienstermaßen zufallen.

Aus Köln kommt die Nachricht, daß die Stadtgemeinden des Rheinlands der Gründung einer Städtebank nähertreten wollen und im Prinzip die Errichtung einer Aktiengesellschaft zur Vermittlung und Befriedigung des kommunalen Anleihebedürfnisses, einer Deutschen Kommunalbank, beschlossen haben. Ein solches Projekt beschäftigt die Finanzpolitiker der Stadtgemeinden schon seit geraumer Zeit, und der von Landrat Trüstedt-Behrend und Genossen ausgearbeitete Entwurf zeigt auch einen Weg, auf dem Abhilfe geschaffen werden kann. Es besteht kein Zweifel, daß die Organisation des Kommunalcredits in Deutschland viel zu wünschen übrig läßt. In keinem Kulturland der Welt sind die Bedürfnisse der Gemeinden nach Anleihekredit so erheblich wie in Deutschland. Dies hängt zusammen mit den gesteigerten Aufgaben, die sich die deutschen Stadtgemeinden stellen, insbesondere mit der fortschreitenden Kommunalisierung wirtschaftlicher Betriebe. Die großen finanziellen Mittel, die hierzu erforderlich sind, werden in Deutschland durch unmittelbare Inanspruchnahme des Geldmarktes aufgebracht, während bekanntlich in Frankreich der kommunale Kredit im *Crédit Foncier* zentralisiert ist und in England die Kreditbedürfnisse der Gemeinden durch den Staat selbst befriedigt werden, der auf Grund dieser Vorschüsse einen besonderen Anleihetyp, den *local loan stock*, zur Ausgabe bringt. Diese außerordentlichen Bedürfnisse der Gemeinden nehmen daher den deutschen Geldmarkt erheblich in Anspruch. Überdies verkürzt die Konkurrenz der großen Gemeinden, die für ihre Anleihen willigere Abnehmer finden als die kleinen, die letzteren in der Beschaffung der Kapitalien erheblich, zumal den kleinen Anleihen der öffentliche Markt der Börse verschlossen bleibt. Der Gedanke, ein besonderes Kreditinstitut zu schaffen, das nach Art der Hypothekendarlehen im Wege der Kreditsubstitution Obligationen ausgibt und die Befriedigung der kommunalen Bedürfnisse übernimmt, lag daher nahe.

Die Leser der Grenzboten sind über die Entwicklung des Planes durch die ausführlichen Berichte des Geheimen Regierungsrats Dr. jur. Seidel in Nr. 32 und 50 vom Jahre 1910 unterrichtet worden. In jenen Artikeln sind auch die Bedenken zu Worte gekommen, die sich dem Unternehmen entgegenstellten. Die wichtigsten von ihnen, vor allen Dingen die Gefahr einer ungünstigen Einwirkung der städtischen Obligationen auf den Kursstand der Staatspapiere, sind inzwischen behoben worden. Außer den Stadtgemeinden des

Rheinlandes sind bisher dem Kommunalbank-Unternehmen 52 Kreise beigetreten und 123 haben ihren Beitritt in Aussicht gestellt. Da das Institut mit einem Grundkapital von 25 000 000 Mark ins Leben treten soll, dürften der Gründung im Herbst erhebliche Schwierigkeiten nicht mehr im Wege stehen.

Spectator

## Bücherliste

- Fleischmann, Dr. Max:** Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts. 5. bis 8. Lieferung. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 2.—
- Lazar, Victor:** Die Südrumänen der Türkei und der angrenzenden Länder. Bukarest, Buchdruckerei George Joneanu.
- Galli, Dr. Gottfried:** Die finanzielle und wirtschaftliche Lage Japans. Freiburg, J. Neumanns Verlag. M. 0.75.
- Trüpfelner von Falkenstein, Fritz:** Soziale Harmonie — Deutschlands Stärke. Berlin, Spreer-Verlag, Paul Werner. M. 2.50.
- Bäumler, Eduard:** Dr. Constantin Brunner über die Prinzipien der Naturwissenschaft und der Aberglaube in der modernen Medizin. München, Otto Gmelin. M. 2.—
- Schappacher, Dr. Alfred:** Moderne Kommunal Finanzen im Landkreis Recklinghausen. M. 5.90.
- Erfst, Paul:** Geschichten aus dem alten Bitava. 3 Bände. Leipzig, Insel-Verlag. M. 9.—
- Rohrbach, Dr. Paul:** Die Bagdabahn. Berlin, Wiegandt & Grieben. M. 1.50.
- Krüge, Oberst:** Beitrag zum Unterricht über Verhaftungen und Waffengebrauch. Berlin, Buchschwerdt & Co. M. 0.50.
- Casati, Pietro:** Notte Garibaldi. Cassari, G. Dessi. Lire 2.50.
- Offert, August:** Sprechschule für Schauspieler und Redner. Leipzig, Breitkopf & Härtel.
- Bittmann, Dr. Karl:** Deutsche Arbeiter. Karlsruhe, Friedrich Gutsch.
- Sinder, Richard:** Bismarcks Stellung zur Revolution. Wolfenbüttel, Sedners Verlag. M. 1.—

- Elisarion:** Ein neuer Flug und eine Seilige Burg. München, Verlag Atropolis. M. 3.50.
- Pohl, Heinrich Dr. jur.:** Deutsche Präsenngerichtsharkeit. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 6.—
- Fleischer, Victor:** Wendelin und das Dorf. Roman. Berlin, Meyer & Jessen. M. 2.50.
- Goethes Werke,** Band 11 bis 13, 23 bis 26, 32 bis 33. Vollständige Ausgabe. Berlin, Deutsches Verlagshaus, Bong & Co.
- Hellmann, Sigmund, Prof. Dr.:** Zur Reichsgründungsfeier (Ansprache). München, C. F. Becksche Buchhandlung. M. 0.50.
- Hjörning, Björn:** Ausgewählte Werke. 3 Bände. Berlin, Peter J. Neustegard. M. 3.50.
- Effelborn, Karl:** Friedrich Pepler, Schilderung meiner Gefangenschaft in Rußland vom Jahre 1812 bis 18.4. (Geistliche Volksbücher, Band 1.) Darmstadt, S. L. Schlapp.
- Effelborn, Karl:** Johannes Stelz, Selbstbiographie nach der Aufzeichnung von Karl Göh. (Geistliche Volksbücher, Band 4.) Darmstadt, S. L. Schlapp.
- Diehl, Wilhelm:** Philipp, Landgraf von Hessen-Burgbach. (Geistliche Volksbücher, Band 5.) Darmstadt, S. L. Schlapp.
- Diehl, Wilhelm:** Bilder aus der heftigen Vergangenheit. 2. Reihe: Aus der Zeit des Landgrafen Ernst Ludwig. (Geistliche Volksbücher, Band 6.) Darmstadt, S. L. Schlapp.
- Effelborn, Karl:** Johann Luft, Leben und Schicksale in meiner Schulmeister-Laufbahn. (Geistliche Volksbücher, Band 7.) Darmstadt, S. L. Schlapp.
- Anthes, Eduard:** Georg Friedrich Lucius, Drangsale des Dorfes Jugeuheim bei Mainz im ersten Revolutions-Kriege. (Geistliche Volksbücher, Band 8.) Darmstadt, S. L. Schlapp.

Verantwortlicher Schriftleiter: George Kleinow in Berlin-Schöneberg. Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

## Abonnements- = Bestellungen für das II. Quartal 1911

bitten wir rechtzeitig vornehmen zu wollen. Jede Postanstalt und Buchhandlung und jedes Zeitungsgeschäft nehmen Bestellungen zum Preise von M. 6,— entgegen. Streifband-Zusendung direkt von der Expedition kostet M. 7,30.

Berlin SW. 11,  
Bernburgerstr. 22a/23

Verlag der Grenzboten, G. m. b. H.